

WB, Sie haben ihre Ursache darin, daß nicht genügend unterschieden wird zwischen den Aufgaben, die die Grundorganisation und ihre Leitung hat, und den Aufgaben, die allein Sache des Hauptdirektors oder anderer leitender Wirtschaftsfunktionäre sind. So ist es zum Beispiel nicht in Ordnung, wenn die Parteiorganisation der WB Armaturen in einer Mitgliederversammlung Maßnahmen zur Heranführung der Arbeitsleistung in den Betrieben an den Lohn beschließt, in denen für alle Betriebe des Industriezweiges die Grundlinie der Arbeit festgelegt und dem Hauptdirektor und anderen leitenden Genossen der WB Aufgaben und Termine gestellt werden. Die Parteileitung der WB Automobilbau vertritt die Meinung, daß sie sich den „Hauptfragen des Industriezweiges zu widmen und ihre Tätigkeit auf den gesamten Industriezweig zu orientieren habe“.

Hier ist offensichtlich, daß die Parteileitungen ihre Aufgaben mit denen des Hauptdirektors verwechseln. Aber dieser, und nicht die Parteileitung, trägt die Verantwortung für die Entwicklung des Industriezweiges. Natürlich ist es richtig, wenn einzelne Parteimitglieder, die im Auftrage der Leitung der WB oder des Wirtschaftsrates bestimmte Betriebe besuchen, dort vor den Arbeitern und Ingenieuren auftreten und auch Kontakt mit den Parteiorganisationen dieser Betriebe aufnehmen. Solche Verbindungen sind sehr erwünscht und werden von den Genossen der Betriebsparteiorganisationen gerade jetzt, wo diese im Kampf um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Produktionsaufgebot stehen, sehr begrüßt. Als Mitglieder der Grundorganisation der WB können sie jedoch in den Betriebsparteiorganisationen und deren Leitungen nicht als Vertreter einer übergeordneten Leitung auftreten, sondern nur als Informierende und Beratende. Natürlich, werden sie sich bei solchen Gelegenheiten auch darüber informieren, wie die Genossen in den Betrieben die Arbeit der VVB und ihrer Mitarbeiter und die Hilfe einschätzen, die diese dem Betrieb geben, und darüber dann ihrer Parteileitung berichten.

Einige Sekretäre von Parteiorganisatio-

nen in VVB haben vorgeschlagen, ihnen das Recht einzuräumen, von Zeit zu Zeit die Parteisekretäre der Betriebe der VVB zusammenzurufen. Dieser Vorschlag muß abgelehnt werden, denn er widerspricht dem im Statut festgelegten Parteaufbau.

Wachsam sein, gründlich arbeiten

Die Parteiorganisationen im Staats- und Wirtschaftsapparat haben einen ständigen Kampf für Wachsamkeit und gegen die Schwatzhaftigkeit mancher Genossen und Mitarbeiter zu führen. Es gibt Wirtschaftsleiter, von denen man sagt, daß sie sich wie ein „offener Panzerschrank“ verhalten. Das heißt, sie sagen alles unter dem Siegel strengster Vertraulichkeit, aber sie sagen es. Unsere Wachsamkeit ist aber weder eine Privatsache, noch Geheimniskrämerei, sie ist vom Klasseninteresse bestimmt, und ihre Einhaltung erfordert einen ebensolchen politischen Kampf wie jede andere große Aufgabe.

Wenn heute in unseren Betrieben die Werkstätigen davon sprechen, daß sie im Produktionsaufgebot eine solche präzise Arbeit leisten wollen wie der Kosmonaut Titow, dann soll das auch für den Arbeitsstil in unseren Staats- und Wirtschaftsorganen gelten. Die Parteiorganisationen müssen vor allem die leitenden Kader, deren Arbeit Auswirkungen auf eine Vielzahl nachgeordneter Organe, Betriebe und Institutionen hat, zu der Fähigkeit erziehen, konkret und sachlich zu leiten. Sie dürfen nicht mehr dulden, daß Besprechungen, Sitzungen und Tagungen durchgeführt werden, ohne daß diese vorher gründlich vorbereitet wurden. Sie müssen auch darauf achten, daß zu Beratungen nur diejenigen Personen hinzugezogen werden, die unbedingt dabei sein müssen. Es muß verhindert werden, daß durch schlechte Organisation und inhaltsloses Gerede wertvolle Zeit vergeudet wird. Auch für unsere Staats- und Wirtschaftsorgane gilt es, aus dem Produktionsaufgebot die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Von der Qualität der Partearbeit in den Staats- und Wirtschaftsorganen hängt jetzt in hervorragendem Maße der ökonomische und politische Erfolg des Produktionsaufgebotes, die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1961 ab. G. Sch.